



Information der SPD Kreistagsfraktion Düren

01/19

Die SPD stimmt gegen den schwarz-grünen Kreishaushalt

Im Kreistag wurde im Dezember der **Doppelhaushalt des Kreises Düren** verabschiedet, der für die Jahre 2019 und 2020 gelten soll. Wir haben als SPD-Fraktion gegen den von CDU und Grünen eingebrachten Haushalt gestimmt. Zu diesem hatten sich bereits die **15 Bürgermeister der Kreiskommunen kritisch** geäußert und das zu Recht. Er wird den Problemen und Herausforderungen in Zeiten knapper Kassen nicht gerecht. Eine vertane Chance für den Kreis Düren.

Unsolidarisch mit den Kommunen

Der vorliegende Entwurf lässt aus unserer Sicht die Kommunen im Kreis völlig im Stich. „**Städte und Kommunen sind der Packesel der Nation**“, stellte unser Fraktionsvorsitzender Josef Johann Schmitz in seiner Rede vor dem Kreistag klar. Diese sind seit Jahren dramatisch unterfinanziert und können ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger kaum noch wahrnehmen. Die Lösung hierfür kann und darf nicht darin bestehen, die Grundsteuer weiter anzuheben. Die **finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Kreis** ist für die SPD oberstes Ziel der Haushaltswirtschaft im Kreis Düren. Dafür haben wir bereits im März 2016 den Antrag **„Strukturkonzept Kreis Düren 2025“** eingebracht. Aus unserer Sicht ist außerdem dringend eine **grundlegende kommunale Finanzreform** nötig, zu der wir nachdrücklich an Bund und Länder appellieren.

Finanzierung auf wackligen Beinen

Ein weiteres Problem ist die **äußerst unsichere Finanzierung** in einigen Bereichen des schwarz-grünen Haushalts. So beispielsweise bei den Kosten im Bereich **Soziales und Jugend** sowie beim **ÖPNV**. Weitere Risiken für die Finanzierung sehen wir in Zukunft in der Entwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, der Konjunktur, den Umlagen von Städten und Gemeinden sowie an den Landschaftsverband Rheinland. Auf solche Unwägbarkeiten ist der Kreis Düren mit dem neuen Haushalt denkbar schlecht

vorbereitet.

Keine sparsame Haushaltsentwicklung

Josef Johann Schmitz stellte in seiner Rede für uns klar, dass der **Haushalt nicht mit verantwortungsvoller Haushaltsführung im Einklang steht**, die für die SPD unabdingbar ist. Dabei darf sich der Kreis Düren selbstverständlich nicht kaputtsparen. Aber anders als CDU und Grüne es planen, muss es bei knapper Kassenlage darum gehen, sich auf zentrale Bereiche zu konzentrieren, die für eine sozial verantwortbare Politik unabdingbar sind.

Entwicklungspolitik keine Aufgabe des Kreises

Ein weiterer äußerst fragwürdiger Punkt ist für uns, dass CDU und Grüne den Haushalt übermäßig mit Projekten belasten, die ganz klar nicht zu den Aufgaben des Kreises gehören. Für das neu geschaffene Aufgabenfeld „Entwicklungszusammenarbeit“ ist eigentlich der Bund zuständig. Ebenso gehören Förderprogramme für Fotovoltaik und E-Mobilität absolut nicht in den Kreishaushalt. **Wir wollen die Zukunftsthemen anpacken**

Um den Kreis Düren fit für die Zukunft zu machen, sehen wir in vielen Themenbereichen akuten Handlungsbedarf. Eine zentrale Rolle spielt dabei in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der **Strukturwandel im Rheinischen Revier**. Hierbei brauchen die Kommunen langfristige Planungssicherheit durch Bund und Land. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist dringend **sozialer Wohnungsbau** erforderlich, der von vielen Kommunen finanziell kaum mehr zu stemmen ist. Angesichts der **demografischen Entwicklung** muss zudem die Bevölkerungsentwicklung zentraler Bestandteil kommunalpolitischer Handelns werden.

Die Kreistagsfraktion der SPD steht daher weiter für **produktive Sacharbeit zur Verfügung**, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen im Blick hat. Der schwarz-grüne Doppelhaushalt wird diesen Herausforderungen nicht gerecht.

Grundsätze

der politischen Arbeit

Miteinander vor Ort -Zukunftsgerecht
Gut haushalten

Bildung fördern

Familien stärken

Alle mitnehmen

Partnerschaft organisieren

Arbeitsplätze sichern

Finanzen des Kreises in Ordnung bringen

SPD kritisiert Ungleichbehandlung

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Ulrich Titz, kritisiert die Ungleichbehandlung zwischen Studierenden und Auszubildenden bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Für maximal 82 Euro im Monat können Auszubildende ab August 2019 in ganz NRW den öffentlichen Nahverkehr rund um die Uhr nutzen. Ein Ticket für einen einzigen Verkehrsverbund soll monatlich höchstens 62 Euro kosten. Mit rund 80 Euro pro Monat sei das Azubi-Ticket jedoch eine Mogelpackung, erklärt Titz. Das Land mache trotz sprudelnder Steuereinnahmen weiterhin einen Unterschied zwischen Studierenden und Auszubildenden. Studierende zahlen durchschnittlich 50 Euro im Monat, um durch NRW zu fahren, Azubis gleich 30 Euro mehr. In drei Jahren mache das ganze 1080 Euro, umgerechnet eine Woche Strandurlaub. Die SPD will weiter für die Gleichstellung von Studierenden und Azubis beim Thema Mobilität kämpfen. Diese Ungleichbehandlung sei nicht gerechtfertigt. Wer die Berufsausbildung im Land aufwerten wolle, der dürfe Auszubildende nicht abwerten.

SPD Kreistagsfraktion Düren

Telefon: 02421/22-2327
Fax: 02421/22-2060
E-Mail: spd@kreis-dueren.de
Bürozeiten:
Mo. bis Do. 08.30-16.30 Uhr
Fr. 08.30-13.00 Uhr
www.spd-kreis-dueren.de

Fraktionsassistentin
Peggy Burtscheidt
Geschäftsführer
Dieter Hockel

Sitzungstermine

Vorstand:

Montag 11.03.2019
Montag 20.05.2019

Fraktion:

Montag 18.03.2019
Montag 01.04.2019
Montag 06.05.2019
Montag 27.05.2019

Der Kreis Düren hat riesige Chancen

Vor dem Hintergrund der Empfehlungen der „Kohlekommission“, die der Bundesregierung nach monatelangen Beratungen einen frühzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle empfiehlt, nimmt der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag Düren, Josef Johann Schmitz Stellung:

Die Empfehlungen der Kommission bedeuten einen großen Eingriff in die bisherigen rechtskräftigen Planungen im Rheinischen Revier. Während der Tagebau Inden weitgehend wie geplant um 2030 zu Ende gehen wird, ist für die Tagebaue Hambach und Garzweiler, von denen der Kreis Düren ebenfalls unmittelbar betroffen ist, mit erheblichen Auswirkungen zu rechnen. Die vorgesehene Verkürzung der Förderzeiträume auf das Jahr 2038 führt dazu, dass nicht nur betriebliche Abläufe angepasst werden müssen und eine neue Rekultivierungsplanung nötig ist. Vielmehr werden die Beschäftigten beim Bergbautreibenden, die örtliche Wirtschaft und die Kommunen im Umfeld der Tagebaue diese Entwicklung vielfach spüren. Dabei wird es darauf ankommen, dass so schnell wie möglich wieder verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, auf deren Grundlage die Betroffenen die Zukunft gestalten. Wichtig ist dabei, dass hochwertige gewerbliche und industrielle Arbeitsplätze mit einem entsprechenden tariflichen Lohngefüge als Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze entstehen.

Das gilt für die beruflichen Perspektiven der Arbeitnehmer, ebenso wie für die Landschaftsgestaltung in den Tagebaumfeldgemeinden und die vorsorgliche Schaffung neuer zukunftsgerechter Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Dazu gibt es bereits ganz spannende und hochqualifizierte Leuchtturmprojekte, wie den Brainergy Park in Jülich, das Industriedrehkreuz Weisweiler-Inden-Stolberg und das Automobilareal in Aldenhoven.

Mit Leuchttürmen allein ist es aber nicht getan. Ganz konkret brauchen wir erst einmal schnell Klarheit darüber, wie die Umsiedlungen weitergehen. Menschen dürfen nicht zum Spielball von Politik werden. Auch nicht von Klimapolitik. Die Betroffenen im Umfeld der Tagebaue Hambach und Garzweiler brauchen daher jetzt schnell Gewissheit. Dazu muss sich die Landesregierung schnell klar positionieren.

Zudem werden wir einen umfassenden Strukturprozess starten müssen, der alle relevanten Bereiche umfasst. Infrastruktur, Mobilität, Gewerbeflächen sind dabei nur Stichpunkte.

Die SPD wird für diese Herkulesaufgabe, die Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften suchen. Die gemeinsam getragene Wachstumsstrategie des Kreises ist dabei schon eine gute Grundlage.

Jetzt sind Bund und Land gefordert, Farbe zu bekennen und den Absichtserklärungen auch Taten und vor allen Dingen Euros folgen zu lassen.

Für uns gilt auch gerade bei einem solch massiven Eingriff die Devise: Wer bestellt, muss auch bezahlen, und zwar alle damit verbundenen Kosten. Wenn das gewährleistet ist, hat der Kreis Düren gute Chancen diese Herausforderung gut und sicher zu meistern



Strukturwandel im Rheinischen Revier

Der Endbericht der Kommission für Wachstum Strukturwandel und Beschäftigung liegt in seiner vollen Länge vor. Es ist jetzt Aufgabe der Bundesregierung die angemessenen und notwendigen Entscheidungen auf Grund der Empfehlungen der Kommission zu treffen.

Um sich einen Gesamtüberblick über die Empfehlungen der „Kohlekommission“ zu machen, haben wir den Link für den Download aufgeführt. Der Endbericht hat einen Umfang von fast 340 Seiten.

<https://www.kommission-wsb.de/WSB>